

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1076.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 Mk., Arbeitsmarkt 1 Mk. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: An die Ortskassierer! — An die Gau- und Ortsverwaltungen! — Die Not (Gebicht). — Das Ergebnis des Betriebsrätekongresses. — Erster Betriebsrätekongress Deutschlands. — Angestellte und Internationale. — Konferenz der Handweber und Heimarbeiterinnen Oberirankens. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen.

An die Ortskassierer!

In der Berechnungstabelle für Kranfengeldzuschuß sind einige Fehler enthalten. Bei der 200-Mk.-Klasse muß es in der ersten Rubrik heißen: für 6 Tage 12,60 Mk.; in der zweiten Rubrik: für 6 Tage 13,20 Mk. Die Kassierer sind gebeten, diese Fehler zu verbessern. Der Vorstand.

An die Gau- und Ortsverwaltungen!

Die Betriebsrätezeitung des A. D. G. B. wird den Gauleitungen und Ortsverwaltungen in je 1 Exemplar geliefert. Anträge auf Mehrlieferung können so lange nicht berücksichtigt werden, wie wir an die Varmer Beschlüsse des Beirats gebunden sind. Uebrigens ist die Zeitung durch das Ortskartell zu ermäßigtem Preise und durch die Post zu beziehen. Der Vorstand.

Die Not.

Von Hermann Wehner, Barmen.

Das ist die Zeit der schweren Not —
Bar des Erwerbs und ohne Brot
Läßt man den Armen ganz allein,
Nur überlassen seiner Pein.
Du, der dich wiegt Fortunz Schoß,
Was kümmert dich sein herbes Loß,
Du wohnst in deinem stolzen Haus
Und gehst in schmutzigen Kleidern aus.
Hast jeden Tag dein saftes Brot;
Du kennst sie nicht, die graue Not. —
Komm! — Willst einmal die Not du sehn? —
Dann mußt du durch die Gassen gehn,
Wo sich zwängt schmüßig Haus an Haus,
Wo Mutter Sorge ist zu Haus,
Da, wo man unter schwerer Fron
Sich schinden muß für larmen Lohn.
Wo nie zur Luft das Leben lockt,
Dumpe brütend die Verzweiflung hocht,
Dort, wo man flucht auf Mensch und Spott,
Komm mit! dort finden wir die Not! —
Sieh jenes abgehärmte Weib
Mit weller Brust und schwang'rem Leib,
Mit dem erloschen münden Blick;
Frag' sie! — sie weiß nichts von dem Glück.
Sie lebt nur ihrer schweren Pflicht,
Des Lebens Sonne sehen ihr nicht.
Der Mann liegt sich auf dürft'ger Statt,
Dazu drei Hören, die nie satt;
Zwei nahm ihr der hammerz'ge Tod.
Das ist die Not, die graue Not.
Auf, schau zu jenem Fenster hin,
Wo sitzt die Heimarbeiterin!
Sie sitzt gebeugt und schaffst und wacht,
Wenn andre längst schon Schicht gemacht.
Und stich auf stich sie näht und näht
Oft bis die Nacht durchs Fenster weht;
Brennt auch ihr Auge noch so sehr,
Sind auch die Lider noch so schwer,
Doch vorwärts, vorwärts nur — fürs Brot!
Das ist die Not, die graue Not! —
Schau auf dem Straßendammbir an
Den imbaliden Leiermann!
Er zieht den Leierkasten nach
Und dreht den Schwengel Tag für Tag.
Mit bebender, verwehelter Hand
Spielt er ein Lied dem Vaterland.
Auf seiner Brust ein Kreuzlein blinkt,
Wofür auf einem Wein er hint.
So orgelt er fürs liebe Brot.
Das ist die Not, die graue Not! —
Späht dort nicht unterm dunklen Tor
Ein Weibsbild, leichtgeschürzt, hervor?
Gar blühend scheint dir ihr Gesicht;
Nur Krug, — so ist das Leben nicht.
Schau dir nur an die fahle Stirn,
Den aufgeschwundenen Blick der Dinn';
Sie lockt dich lächelnd: „Komm mit mir!“
Und doch, ihr Herz spricht nicht zu dir,
Die Seele ist ja längst schon tot.
Das ist die Not, die graue Not! —
Tritt durch dies düstere Portal
Mit mir ins Armenhospital,
Dort, wo von jedem Angefalt
Das graue Elend zu dir spricht.
Sie haben hoffend stets geschafft,
Bis sie die Not hat stumpf gemacht;
Nun sind sie schwach, nun geht's nicht mehr,
Zum Sterben schleppen sie sich her.
Hier zehren sie vom Gnadenbrot
Im Haus der Not, der grauen Not! —

Das Ergebnis des Betriebsrätekongresses.

Die Würfel sind gefallen. Sie fielen so, wie sie fielen mußten. Mit großer Mehrheit entschied sich der Kongress für die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften. Keine 100 von annähernd 1600 Delegierten stimmten für die selbständige Betriebsräteorganisation. Dieses Ergebnis rechtfertigt unsere Ansicht. Der erste Schritt zur organischen Zusammenfassung der Betriebsräte ist mit dem Abschluß des Kongresses getan. Die Arbeit war nicht leicht. Sie mußte vollbracht werden unter den heftigsten Anstürmen der kommunistischen Opposition, die mit allen erdenklichen Mitteln den Kongress bearbeiteten, um die selbständige Betriebsräteorganisation durchzusetzen. Schon vor dem Zusammentritt des Kongresses wurde von der Opposition Sturm gegen den Kongress geläutet. Auf dem Kongress mußten die Stürme ihre Auswirkung finden. Der Kongress war zum Prüfstein darüber geworden, wie weit die Gewerkschaften „reit“ für die Einstellung auf die Moskauer Thesen sind. Freilich nicht um Moskau oder Amsterdam wurde gestritten — nur der russische Gast, der mit kommunistischer Unterstützung recht aktiv auf dem Kongress wurde, war so ungeachtet, Moskau als Allheilmittel zu empfehlen —, sondern um die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaften ging der Streit. Allzu offensichtlich trat auf dem Kongress der Wille der Opposition hervor, die Gewerkschaften zu einem Werkzeug der kommunistischen Internationale zu machen.

Trotz der heftigen Anstürme gelang es der Opposition nicht, aus dem festgefühten Gewerkschaftsbau Gesteine auszubringen, was eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet hätte. Betriebsräte und Gewerkschaften können nur ineinander verbunden ihre große geschichtliche Aufgabe erfüllen. Die Betriebsräte können nur innerhalb der Gewerkschaften zur Lösung ihrer Aufgaben befähigt werden. Diese Anschauung kam in der Abstimmung über die Resolution Brolat zum Ausdruck.

Wenn man den Kraftaufwand und die Regie der Opposition gegenüber dem Ergebnis in Rechnung stellt, so ist die Niederlage derselben eine eskatante. Die Opposition begnügte sich nicht nur damit, ihrer Meinung mit mehr oder weniger „kraftvollen“ Aeußerungen Ausdruck zu verleihen, sondern sie verjuchte auch mit allen Mitteln, den Kongress in seinen Arbeiten zu beeinträchtigen. Sie überschüttete den Kongress mit einer Flut von Anträgen. Abgelehnte Anträge wurden von neuem eingebracht. Am zweiten Verhandlungstag verlangte sie, daß Graßmann und Aufhäuser als Vorsitzende abgesetzt würden, welcher Antrag ebenfalls abgelehnt wurde. Kurz, die Opposition tat, was nur erdenklich und möglich war. Die Arbeitslosen wurden auf die Beine gebracht, um durch eine Demonstration den Kongress dahingehend zu beeinflussen, daß der Kongress — wie es geschah — dem angeblischen Reichsarbeitslosenrat Sitz und Stimme einräumte. Als der Kongress, der die Not der Arbeitslosen voll zu würdigen wußte, dem Verlangen des Reichsarbeitslosenrates zugestimmt hatte, jubelte die „rote Fahne“, das Organ der K.P.D., und feierte dies als „einen Sieg der Straße über den Kongress“.

Daß unter diesen Umständen die Meinungen scharf auseinanderlachten, ist erklärlich. Ja, oftmals schien es, als ob der Wunsch Rich. Müllers in Erfüllung gehen sollte den er im „Arbeiter-Rat“ Nr. 40 in einem Artikel, betitelt „Der Kongress der freigewerkschaftlichen Betriebsräte“, in folgender „geschmackvoller“ Form Ausdruck gibt:

„Die Komödie Wissell-Hilferding wird von Dikmann-Körpel-Brolat zu Ende gespielt, wenn nicht vorher die Betriebsräte den ganzen Plunder auseinanderreißen.“

Dies ist mehr als deutlich!
Wenn die Regie der Kommunisten immer vorzüglich klapperte — in diesem Falle verjagte sie.

Wenn der Kongress durch die erstatteten Referate aus den Tiefen heraus auf die Höhe geführt war, so ist er immer wieder durch unsinnige Geschäftsordnungsdebatten, veranlaßt durch die Opposition, in die Tiefe hinabgerissen worden. Die Opposition offenbarte mit ihrem Treiben einen geistigen Tiefstand, wie wir ihn innerhalb der Arbeiterbewegung noch nie beobachtet haben, und es hat keine Richtigkeit, wenn ein Redner der Mehrheit zum Ausdruck brachte, „daß die Opposition in einer Weise aufträte, daß man sich vor der Welt schämen müsse“. Es wäre schlimm bestellt um die Arbeiterbewegung, wenn sie in die Hände dieser sinnlos waltenden Kräfte gelangen würde. Sie sind wie geschaffen zur Zerstörung alles dessen, was sich die Arbeiterchaft in mühevoller Arbeit unter großen Opfern geschaffen und aufgebaut hat. Die Arbeiterbewegung muß getragen werden von hohen sittlichen und moralischen Kräften. Diese Werte, die der kämpfenden Arbeiterchaft immer innewohnen, haben wir bei dieser Opposition vollständig vermisst.

Während Wissell uns in seinem Referat „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“ ein graues Bild der Not, der Armut und

der Ohnmacht bot und planmäßige, nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen geregelte Wirtschaft verlangte, weil die heutige Wirtschaft unfähig sei, die Probleme zu lösen, die der Krieg erzeugt habe, so hat uns Dr. Hilferding in recht wertvollen Ausführungen die Zusammenhänge zwischen Staatswirtschaft und Volkswirtschaft in seinem Referat „Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung“ gezeichnet.

Sozialismus ist eine Machtfrage. Seine Durchsetzung hängt nicht nur ab von der Macht und dem Willen der Arbeiterklasse, sondern auch von der Stärke des Widerstandes der nichtsozialistischen Schichten. Wir müssen daher das Tempo der Sozialisierung einstellen nach der genauen Abschätzung dieser Kräfte und Gegenkräfte. Bei der Entscheidung über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft muß die ganze Kraft der Arbeiterchaft eingesezt werden für den Vorschlag der Sozialisierungskommission, der die Vollsozialisierung will. Er verweist auf die hohe Aufgabe der Gewerkschaften, die zu erfüllen sei. Nur wenn der Machtwille der gesamten Arbeiterchaft auf diesen Kampf eingestellt wird, sei es möglich, den ersten Schritt zur Sozialisierung zu tun.

Nach kurzer Debatte wurden die von den Referenten Wissell und Dr. Hilferding vorgelegten Resolutionen gegen einzelne Stimmen angenommen. Bemerkenswert war, daß diejenigen, die Wissell und Hilferding schon im voraus den Kampf angelegt hatten, weil es eben Wissell und Hilferding waren, verstimmt und letzten Endes den Resolutionen zustimmten. Die Referate über „Die Aufgaben der Betriebsräte“ (Referenten Dikmann und Körpel) und „Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte“ (Referent Brolat) wurden zusammengelegt. Auf Beschluß des Kongresses, nachdem er seinen ersten Beschluß forrigierte, wurden von der Opposition zwei Korreferenten (Brandler und Müller) gestellt. Während Dikmann und Körpel die Zusammenfassung der Betriebsräte in Gewerkschaften vertraten, vertraten Brandler und Müller die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer selbständigen Organisation. Während Dikmann mit seinen Ausführungen stürmischen Beifall auslöste, brachte es Brandler mit seinen mehrhin sachlichen Ausführungen nur zum Achtungserfolg. Die Ausführungen Müllers fanden aber nur recht wenig Beachtung.

Die Debatte war kurz und nach den Schlußworten der Referenten kam der Kongress am dritten Tage — zwei Tage waren nur in Aussicht genommen — zu dem entscheidenden Moment seiner Tagung. Die Würfel sollten und mußten fallen, um den Betriebsräten für ihre Tätigkeit nicht nur eine Richtschnur, sondern Ziel und Richtung zu geben, damit die Kräfte nicht in endlosen Streitigkeiten verzettelt würden, anstatt in positiver Arbeit genutzt zu werden. Die Würfel fielen, wie sie fielen mußten. Mit großer Mehrheit entschied sich der Kongress für die Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften. Dieses Ergebnis rechtfertigt unsere Ansicht.

Wenn es manchmal scheinen wollte, als ob die Phrase den Sieg davortragen sollte, so zeigte sich doch immer in den entscheidenden Abstimmungen, daß der Kongress die Phrase ablehnte und sich auf den realen Boden der Tatsachen stellte.

Der Streit ist entschieden. Nunmehr aber an die Arbeit und im Sinne des Kongresses gewirkt! Das muß die Aufgabe der Betriebsräte sein. Der Bruderkampf hat lange genug gedauert, nunmehr sei die Front gegen den Feind, den Kapitalismus gerichtet, damit dem Sozialismus zu seinem Siegeszug der Weg bereitet wird.

Erster Betriebsrätekongress Deutschlands.

1. Verhandlungstag.

Der Kongress tagte vom 5. bis 7. Oktober im großen Saale der „Neuen Welt“. Der riesige Raum war fast ganz von den Delegierten eingenommen. Sie saßen an langen Tischreihen, nach Industriegruppen geordnet. Die schmalen Seitenräume unter den Galerien und diese selbst waren für Zuhörer reserviert, aber nicht stark besetzt.

Graßmann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr namens des geschäftsführenden Ausschusses der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa. Er begrüßte die Delegierten und die Vertreter der Behörden. Es hatten Vertreter entsandt: der Reichskanzler, das Reichsarbeits- und Wirtschaftsministerium, der Kultusminister; von den auswärtigen Regierungen Schweden durch Genossen Jansson; die Schweiz durch Kopp. Die Stadt Berlin war vertreten durch Bürgermeister Reide und Osterreich durch 3 Vertreter. Norwegen ist durch Vonnens wie vertreten.

Die Zahl der mit beschließender Stimme anwesenden Delegierten betrug 953.

Graßmann sagte, das Bestreben der Arbeiter, mitzubestimmen im Produktionsprozeß, sei nicht erst mit der Revolution geboren, sondern schon in dem Augenblick entstanden, als die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage im Wirtschaftsprozeß kamen. Trotz der großen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung habe der Einfluß der Arbeiter nicht Schritt gehalten mit der Steigerung der Macht des Unternehmertums. Das Streben der Arbeiter um Mitbestimmung im Betriebe sei auch wesentlich durch das Willkürregiment der Unternehmer entstanden. Die Zunahme der Wirtschaftskrisen hat die Arbeiter ebenfalls veranlaßt, größeren Einfluß auf

Ein Redner der Opposition trat hiernach auf und beantragte, daß die Vorsitzenden Grafmann und Aufhäuser abgesetzt und zwei Vorsitzende aus den Reihen der Betriebsräte gewählt würden. (Murmure und Widerspruch.) Ein Redner der Mehrheit bezeichnete es als einen Skandal, daß sich eine Opposition gebildet habe, die in solcher Weise auftritt, daß man sich vor der Welt schämen müsse. (Weißfall und Widerspruch.) Großer Lärm riefen die Ausführungen eines Oppositionsredners hervor, der den Kongreß als eine von Gnaden der Gewerkschaftsbureaufkratie zusammengekommene Versammlung bezeichnete. — Dem Zwischenfall wurde schließlich ein Ende gemacht durch einen mit allen gegen wenige Stimmen gefaßten Beschluß, die Geschäftsverhandlungen abbrechen und zur Tagesordnung überzugehen. — Mit demselben Stimmenverhältnis wurde dann der Antrag auf Abjehung der beiden Vorsitzenden abgelehnt. (Starker Weißfall.) Die Abstimmung zeigte, daß hinter dem demonstrativen Vorstoß der Opposition nur etwa 50 Delegierte standen.

Unbrecht wünschte eine Erklärung abzugeben gegen Ausführungen, die u. a. die Sozialisten gegen das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes gemacht hatte. — Der Kongreß, vom Vorsitzenden Grafmann befragt, war gegen die Entgegennahme der Erklärung. Unbrecht verzichtete auf das Wort.

Mitglieder der U. S. P. gaben durch den Mund des Vorsitzenden Grafmann die Erklärung ab, sie wüßten nichts von der durch Schaumburg verlesenen Erklärung.

Vorsitzender Grafmann gab bekannt, daß im Vorraum eine Deputation der Arbeitslosen erschienen sei, die verlangt, mit beschließender Stimme am Kongreß teilzunehmen. Die Deputation ging aus vom Reichsarbeitslosenrat. Sie drohte, wenn ihr Verlangen abgelehnt werden sollte, werde eine Demonstration der Arbeitslosen veranstaltet werden, die in den Saal eindringen werde. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Grafmann wurde beschlossen, einem Vertreter des Reichsarbeitslosenrates zu einer Erklärung das Wort zu geben.

Schmidt-Berlin, Vertreter des Reichsarbeitslosenrates, führte aus, die Regierung sei unfähig, irgend etwas Positives für die Erwerbslosen zu schaffen. Deshalb wollten die Arbeitslosen dem Kongreß ihre Anträge unterbreiten, denn die Betriebsräte hätten die Pflicht, den Arbeitslosen zu helfen, indem sie die Kontrolle in den Betrieben übernehmen und die Sabotage der Unternehmer verhindern. Der Kongreß sei verpflichtet, etwas Positives für die Arbeitslosen zu tun. Die Arbeitslosen verlangen den wirtschaftlichen Anschluß Deutschlands an Rußland und energische Sozialisierungsmassnahmen. Die Diktatur des Proletariats müsse verwirklicht werden. Auf andere Weise sei das Elend der Arbeitslosen nicht zu beseitigen. Der Kongreß müsse die Frage der Erwerbslosen auf die Tagesordnung setzen. Wenn er das nicht tue, habe er gar keinen Wert und die Arbeitslosen würden gegen den Kongreß sein. (Einzelfacher Weißfall.)

Vors. Grafmann erklärte: Wir sind alle daran interessiert, daß die Arbeitslosen ausreichend unterstützt werden und für Arbeitslosigkeit gesorgt werde. Zur Besprechung der Frage der Arbeitslosigkeit würde die Zeit des Kongresses nicht ausreichen, doch können Anträge entgegengenommen werden zur Übermittlung an die zuständigen Stellen. Daß wir alle den Arbeitslosen helfen wollen, darüber sind wir einig. (Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Aufhäuser und Grafmann wurde beschlossen, die Diskussion über das Arbeitslosenproblem zu verbinden mit der Diskussion über die Referate von Wissell und Silberding.

Die Vertreter des Reichsarbeitslosenrates nehmen an den Verhandlungen teil.

Hierauf wurde die Diskussion über die Referate von Wissell und Silberding eröffnet. Damit wurde die Besprechung der von der Arbeitslosenvertretung eingereichten Anträge verbunden.

Kiel-Dortmund (Bergarbeiter) schilderte die Verhältnisse der Bergarbeiter und sagte, durch die Sabotage der Unternehmer werde die Kohlenförderung künstlich niedergehalten. Das Arbeitsgerät sei in so schlechtem Zustande, daß die Arbeitsmöglichkeit nur zum Teil ausgenutzt werde. Der Redner befürwortete die Vollsozialisierung des Bergbaues. Die Arbeiter wollen zur Durchführung des Spa-Abkommens tun, was sie können, aber sie wollen nicht hungern, um den Ansprüchen des Auslandes zu genügen. Hunderttausende von Arbeitslosen könnten beschäftigt werden, wenn die Kultivierung des Oedlandes in Angriff genommen werde.

Sattig-Hamburg (Eisenbahner) führte aus, das Defizit der Eisenbahn werde hauptsächlich auf die Arbeitsunlust der Arbeiter zurückgeführt. Wichtig sei dagegen, daß die Preise der Materialien auf das Zwösfache, die Eisenbahnrente um das Fünffache gestiegen seien und gleichzeitig sei der Verkehr bedeutend zurückgegangen. Das ernüchternde aber nicht, daß die Zahl der Arbeiter verringert werde. Die bürokratische Verwaltung habe das Eisenbahnmateriale fast bis zur Unbrauchbarkeit heruntergewirtschaftet. Wenn die Betriebsräte die Anschaffung von Werkzeug und Maschinen beantragen, werde es abgelehnt. Aber später, wenn die Preise auf das Mehrfache gestiegen sind, werden die Sachen angekauft. Die Tätigkeit der Betriebsräte werde durch die Verwaltung behindert. Wenn nicht die Bureaufkratie durch Sachmänner ersetzt werden, könne es nicht besser werden. Um den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, müssen die Doppelexistenzen beseitigt werden. (Weißfall.)

Schneider-Berlin bezeichnete es als die heiligste Pflicht der Betriebsräte, nicht in die Hände der Arbeiter zu tragen, damit bessere Zustände herbeigeführt werden. Um die Volksbildung zu heben, müsse die Einheitschule eingeführt werden. Die Lehrpläne müßten nicht mehr in der jetzt üblichen Weise, sondern in Lehrwerkstätten ausgebildet werden. Die Gewerkschaften müßten sich in Verbindung mit den Betriebsräten auf Massenaaktionen vorbereiten.

Gauning-Chemnitz sprach gegen die Arbeitsgemeinschaften, da diese nur den Kapitalismus stärken. Wir fordern die Sicherung der proletarischen Existenz. Sie kann uns in der kapitalistischen Wirtschaft nicht genährt werden. Die Wirtschaft kann nicht wieder aufgebaut werden mit den Mitteln eben dieser kapitalistischen Gesellschaft. Dazu sind andere Wege zu beschreiten. Die Vollsozialisierung muß durchgeführt werden. Um den Kapitalismus zu überwinden, müssen wir die politische Macht erringen. Dem gesamten kapitalistischen Staatssystem müssen wir schärfsten Kampf anlagen. Das Betriebsrätegesetz ist eine Fessel, die uns in der Durchdringung unserer Forderungen hindert. Die Einheit des Proletariats kann nicht von einem Kongreß wie diesem durchgeführt werden. (Weißfall bei der Minderheit.)

Die im Vorraum wartende Delegation der Arbeitslosen wurde mit beschließender Stimme zugelassen.

Zu weiteren Verhandlungen der Debatte führt

Kay-Berlin aus: Die Unternehmer der Edelmetallindustrie hinterziehen einen Teil der Umsatzsteuer, indem sie den Wert der Ware nur zum Teil deklarieren und den anderen Teil ihren Abnehmern im Auslande zuschieben lassen. Der Redner verlangt Massnahmen gegen die Vermögensverschönerungen und fordert die Zusammenfassung der Betriebsräte zu Bezirkswirtschaftsräten sowie durchgreifende Arbeitslosen- und Sozialpolitik. Unverzüglich müsse die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt werden. Wenn man uns nicht an den Aufbau der Wirtschaft teilnehmen läßt, mag die Wirtschaft zusammenbrechen.

Hierauf kommt es zu einem Zwischenfall. Ein Redner teilt mit, daß vor dem Lokal Sicherheitspolizei in ziemlich beträchtlicher Stärke postiert sei, um eine von irgend jemandem geplante Demonstration gegen den Kongreß im Keime zu ersticken. Es wird behauptet, die Leitung des Kongresses hätte sie gerufen. Votat,

Dihmann und Grafmann bemerken dazu, daß selbstverständlich das Bureau es ablehnt, die Epo zu irgendwelcher Hilfe herbeizurufen. Der Kongreß, der selbstverständlich mit den Forderungen der Arbeitslosen konform geht, kann gar nicht anders, als diesen Arbeitslosen das weitgehendste Entgegenkommen zu bezeugen. Nach Rücksprache des Vorsitzenden Grafmann mit dem Leiter des Sicherheitskommandos wird dieses sofort wieder in seine Quartiere.

Müller (Landarbeiter) führt Einzelfälle dafür an, daß landwirtschaftliche Unternehmer in ihrer Produktion die Interessen der Allgemeinheit verletzen und die Betriebsräte maßregeln, welche dagegen einzuschreiten versuchen. So werden also die Landarbeiter gehindert, den Interessen der Allgemeinheit zu dienen. Bei geregelter Produktion könnten Tausende von Arbeitslosen in der Landwirtschaft beschäftigt werden, aber alle dahingehenden Bestrebungen der Arbeiter scheitern am Widerstande der Junker. Sehr große Mengen von Getreide könnten der Allgemeinheit zugeführt werden, wenn das Deputat der Landarbeiter auf das für ihre Ernährung nötige Maß beschränkt werde. Aber die Gutsherren haben nach der Freigabe des Deputats daselbe auf das doppelte Maß erhöht, um die Arbeiter anzureizen, mit dem Korn Schwemmen zu mähen. Dadurch glauben die Gutsherren zu erreichen, daß auch ihnen die Verfertigung von Getreide gestattet werde. Der Redner ersucht um Unterstützung der Bestrebungen der Landarbeiter. (Weißfall.)

Zur Durchführung der zum ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung vorliegenden zahlreichen Anträge wurde eine Kommission von 10 Mitgliedern eingesetzt, auch die beiden Referenten sollten an den Arbeiten der Kommission teilnehmen.

Die Diskussion wird dann fortgesetzt.

Gaas-Suttgart (Bauarbeiter) machte Mitteilung von Vorschlägen zur Sozialisierung des Baugewerbes, die von den Stuttgarter Bauarbeitern an die Behörden gestellt, aber abgelehnt wurden. Regierung und Gemeindebehörde seien gegen die Sozialisierung.

Die Debatte wird geschlossen, jedoch erhält noch das Wort Schmidt-Berlin als Vertreter der Arbeitslosen. Er begründet folgende Forderungen der Arbeitslosen, die durch den Kongreß der Regierung unterbreitet werden sollen: Keine Stilllegung der Betriebe. Verfürgung der Arbeitszeit darf nur mit Zustimmung der Betriebsräte erfolgen. Die stillgelegten Betriebe sollen wieder eröffnet werden. Das dazu nötige Kapital soll durch Wechselanleihe des ganzen Vermögens der Unternehmer beschafft werden. Die Industrie soll sofort umgestellt werden auf Erzeugung des Bedarfs der großen Masse. Abgelung des Absatzes und der Preise durch die Betriebsräte. Verteilung der Lebensmittel durch die Konsumgenossenschaften. Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland. Bis diese Forderungen erkämpft sind, wird verlangt, die Erwerbslosenunterstützung auf die Höhe des Lohnes der beschäftigten Arbeiter. Dieselbe Unterstützung sollen die Rentenempfänger neben der Rente erhalten. Weiter wird gefordert: Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Unterstüttung, weitestgehende Fürsorge für die Kriegsgeschädigten und für die Kinder. — Die Arbeitslosen verlangen, daß die Betriebsräte sowie die in Arbeit stehenden Arbeiter in eine Aktion für diese Forderungen eintreten. Wenn das nicht geschieht, können die Arbeitslosen nicht hoffen, daß ihnen die Betriebsräte helfen. (Weißfall.)

Vors. Aufhäuser: Der Kongreß hat ein warmes Herz für die Arbeitslosen und volles Verständnis für ihre Lage. (Zustimmung.) Es wird sich empfehlen, daß die Anträge der Arbeitslosen einer dauernd einzusetzenden Körperschaft zur Erledigung überwiesen werden. Eine solche Körperschaft kann morgen eingesetzt werden. Der Kongreß hat den ernststen Willen, seine Kräfte für die Lösung des Arbeitslosenproblems einzusetzen.

Wissell (Schlußwort): Die Anträge der Arbeitslosen enthielten vieles, was man unterzeichnen könne. Massnahmen gegen Stilllegung der Betriebe und Verfürgung der Arbeitszeit müssen natürlich getroffen werden. Aber der Vorschlag, das Vermögen der Unternehmer in Beschlag zu nehmen, führe nicht zum Ziel. Es müsse aber betont werden, daß man in den Betrieben, die noch nicht sozialisiert werden können, nicht alles laufen lassen darf wie es will, denn sonst würde das Elend nur vergrößert werden. Der Sozialismus ist unser Ziel, das ich durchaus nicht verwässern will. Aber die Sozialisierung kann nur dann voll verwirklicht werden, wenn die Arbeiter zur Willkür der Produktion erzogen sind. (Lebhafter Weißfall.)

Silberding (Schlußwort): Ich halte es für irrig, daß das Proletariat auf ein Signal an einem Tage die politische Macht erobern kann. Die Eroberung der politischen Macht ist die Folge einer Reihe von Kämpfen, in denen eine Nachposition nach der anderen erobert wird. In der Sozialisierung des Bergbaues kann es keine Zwischenlösung, sondern nur die Vollsozialisierung geben. Wir stehen jetzt vor der Frage der Sozialisierung des Bergbaues. Das ist eine Sache, die nicht nur die Bergarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterschaft angeht. In dieser Frage sind die deutschen Arbeiter die Vor kämpfer der Arbeiter der ganzen Welt. Die Sozialisierung des Bergbaues ist der Anfang der Durchführung des Sozialismus in vollem Umfange. Der Kampf für die Erreichung dieses Zieles muß mit aller Kraft von der gesamten Arbeiterschaft in geschlossener Einheitsfront erkämpft werden. (Lebhafter Weißfall.)

Die folgenden, von den Referenten beantragten Resolutionen wurden mit allen gegen einzelne Stimmen angenommen.

I.

Die zweijährigen Verjude, die Wirtschaft wieder aufzubauen, sind gescheitert. Die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland erlebte einen kurzen scheinbaren Aufschwung nach Aufhebung der Blockade. Sie ist heute in unaufhaltsamem Zerfall. Die Produktion stößt, Betriebe werden stillgelegt, abgebrochen, Maschinerie ganz oder in Teilen ins kapitalistische Ausland verschoben. Die wachsende Selbstwertung und Wertschwundverschlechterung sperrt Deutschland die Zufuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln in steigendem Maße. Beides zusammen mit dem steigenden Bankrott der Staatsfinanzen sperrt Deutschlands internationale Kredite. Die rapide Selbstwertung läßt die Kaufkraft der breiten Massen immer weiter hinter den steigenden Warenpreisen zurückbleiben. Bei dem Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nehmen die Preise den Charakter von Monopolspreisen an. — Das Kapital nützt die Situation und macht in manchen Wirtschaftszweigen glänzende Gewinne, die aus den Taschen des Volkes fließen, das immer mehr verarmt. Das Kapital sucht sich durch Tausende Rinnen und Röhren der Besteuerung zu entziehen und die Steuern auf Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger abzuwälzen. — Auf den bisherigen Wegen unserer Wirtschaft kommen wir aus dem Elend unserer Lage nicht heraus. Die kapitalistische Wirtschaftskrise, wonach die Förderung des eigenen Interesses der Allgemeinheit am besten diene, hat ihre innere Unwahrscheinlichkeit jedem klar offenbart. Sie darf keine Geltung mehr haben, soll nicht den Millionen der werktätigen Bevölkerung absolute Verelendung und gänzlicher Untergang drohen. — Je weiter der Zerfall der Grundlagen der Produktion und die körperliche und geistige Schwächung und Verflummerung aller Arbeitskräfte vom Handarbeiter bis zum Techniker und Erfinder fortschreitet, um so schwieriger wird der Wiederaufbau. Die individuelle Initiative des Unternehmers, die Technik und Produktionsumfang förderte, genügt nicht, um den Wiederaufbau unserer Wirtschaft zu ermöglichen. Es bedarf dazu der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige und der Stärkung des Einflusses der Hand- und Aushilfsarbeiter auf die übrige Wirtschaft. Aus Objekten der Wirtschaft sollen sie zu ihren Subjekten werden. Das Ziel der proletarischen Wirtschaftspolitik kann nur dahin gehen, die Verfügung über die Produktionsmittel zu erringen und die Wirtschaft auf der Grundlage des gesellschaftlichen Gemeineigentums unter planmäßiger einheitlicher

Leitung als unmittelbare vergesellschaftete Produktion weiterzuführen.

II. Der Kongreß konstatiert, daß die Fortdauer des kapitalistischen Wirtschaftssystems nach dem Siege zu einer akuten Verelendung und absoluten Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen geführt hat. Nur die Überwindung der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft sichert den materiellen und kulturellen Aufstieg der Hand- und Aushilfsarbeiter. Der Kongreß erklart in den Versuchen, die Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage unter Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsrechte zu reformieren, eine für den Kampf der Arbeiterklasse verderbliche Illusion. Der Kongreß fordert daher die Betriebsräte und die Gewerkschaften auf, im Verein mit den Arbeiterparteien alle ökonomische und politische Macht der Arbeiterklasse auf Verwirklichung des Sozialismus zu konzentrieren. Insbesondere hält der Kongreß es für notwendig, alle Vorbereitungen zu treffen, um in dem bevorstehenden Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues diese Ziele durchzusetzen.

Ferner wird ein Antrag einstimmig angenommen, der mit dem Wunsch für den Sieg des russischen Proletariats die Betriebsräte verpflichtet, die Erzeugung von Waffen und Munition für den Kampf gegen Rußland sowie den Transport derselben zu verhindern.

Alle übrigen Anträge werden dem morgen zu wählenden Beirat überwiesen.

Der Kongreß will in den dritten Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben der Betriebsräte eintreten. Zuvor stellt Kuhn erneut den Antrag, zu diesem und dem vierten Punkt Korreferenten zuzulassen, und zwar solche, die auf dem Boden der Dritten Internationale stehen.

Kreuz-Mainz wendet sich gegen den Antrag. Der Antrag zeige, daß die Opposition so schwach sei, daß sie einen Korreferenten von außen holen müsse. (Großer Lärm bei der Opposition. Ein schriller Pfiff ertönt.)

Vorsitzender Aufhäuser rügt dies unparlamentarische Verhalten.

Nachdem noch einige Redner für den Antrag gesprochen hatten, wird er mit 458 gegen 379 Stimmen angenommen. (Lebhafter Weißfall bei der Opposition.) Die Debatte über diese und andere Geschäftsordnungsanträge hatte zwei Stunden in Anspruch genommen. Da es inzwischen 8 Uhr geworden war, wurde die Sitzung auf Donnerstag 8 Uhr vertagt.

(Schluß des Berichts in nächster Nummer.)

(Wie wir vorher bemerken wollen, würden die Resolutionen der Referenten angenommen, die des Referenten Dörmann nahezu einstimmig, desgleichen die des Referenten Nöpel. Die Resolution Brotat vertrat die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes und der Afa auf Bildung der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale im Gegensatz zu den Vorschlägen der Opposition. Die Resolution Dihmann zeichnete die Aufgaben der Betriebsräte in Verbindung mit den Gewerkschaften, die Resolution Nöpel verlangt Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Die in grundrühlichem Gegenstand dazu stehenden Resolutionen der Opposition waren damit abgelehnt.)

Angestellte und Internationale.

Am 29. September hat im Industriebeamtenhaus zu Berlin die große Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) getagt und zur Frage der Gewerkschaftsinternationale Stellung angenommen. Nach mehrstündiger eingehender Debatte wurde das nachstehende Manifest angenommen:

I. „Unter den Wirkungen des vom internationalen Kapitalismus entfesselten Weltkrieges ist in allen Ländern eine völlige Desorganisation und Verarmung der Wirtschaft eingetreten. Dadurch wurde — beim Fortbestande der chaotischen kapitalistischen Privatwirtschaft — die wirtschaftliche Lage der nur von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden auf ein unerträgliches Maß herabgedrückt.

Eine Beseitigung dieser Wirkungen ist im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unmöglich. Nur planmäßige gemeinwirtschaftliche Zusammenarbeit aller Völker kann einen Ausweg aus dieser Lage bringen.

Die Friedensbedingungen der Verträge von Versailles und St. Germain, weit davon entfernt, eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Völker am Wiederaufbau Europas zu bieten, sind nur Ausfluß der zügellosen imperialistischen Begierden der Bourgeoisie der abliegenden Staaten; ihre Beseitigung und ihr Ersatz durch ein Abkommen im Geiste der Menschlichkeit und des Völkerverfriedens ist nur durch den einmütigen Willen des Proletariats der siegreichen Staaten möglich. Nur durch einmütige geschlossene Aktionen der internationalen Arbeiterbewegung können alle Veruche, neue imperialistische Kriege zu entfesseln oder reaktionäre Staatsstreich abgewehrt werden.

II.

Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder bedürfen deshalb des festgelegten, zielklaren internationalen Zusammenschlusses. Eine leistungsfähige Gewerkschaftsinternationale muß sich aus leistungsfähigen Landesorganisationen zusammenschließen. Nur diese verfügen über die erforderlichen Kenntnisse des sozialen Kräfteverhältnisses ihres Landes, um die in jedem Falle zweckmäßigsten Massnahmen beurteilen, ergreifen und durchführen zu können. Sie müssen deshalb in ihren Entschlüssen autonom sein.

Jede diktatorische internationale Zentralisation führt zur dogmatischen Erarrung und zu praktischen Niederlagen.

Die Gewerkschaften haben ihre Direktiven ausschließlich von ihren Mitgliedschaften entgegenzunehmen. Es wäre deshalb ein unerträgliches Zustand für die Gewerkschaften, wenn sich in ihnen festgeschlossene Zellen bildeten, die ihre Direktiven von außerhalb der Gewerkschaften stehenden diktatorischen Instanzen erhielten, denen sie sich bedingungslos zu fügen haben. Die Entfesselung eines Meinungsstreites, wie er die politische Arbeiterbewegung zerrissen und gelähmt hat, wäre das Verhängnis für die gewerkschaftliche Befreiungsarbeit.

Eine erfolgreiche systematische Arbeit der Betriebsräte setzt ihre Eingliederung in den Rahmen der Gewerkschaftsbewegung voraus. Jede selbständige Sonderorganisation der Betriebsräte ist als zersplitternd und gewerkschaftsschädlich abzulehnen.

III.

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) erkennt als unerläßliches Erfordernis für die freigewerkschaftliche Arbeit der Angestellten die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund an. Sie lehnt die Bedingungen des 2. Kongresses der 3. (Kommunistischen) Internationale, soweit sie sich auf die Gewerkschaften beziehen, ab, da sie in ihm keine Grundlage erblickt, auf der

eine tragfähige, aktionsbereite, auf dem Willen der breiten Masse der freigewerkschaftlich denkenden Arbeiter und Angestellten sich stützende Gewerkschaftsinternationale möglich ist.

Die Afa erklärt sich bereit, mit der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung aller Länder eine feste dauernde organisatorische Zusammenarbeit herzustellen und zugleich die Internationale der Kopfarbeiter Hand in Hand und in dauernder organisatorischer Zusammenarbeit mit der Internationale der Handarbeiter, dem Internationalen Gewerkschaftsbund, zu einer großen Internationale aller Kopf- und Handarbeiter der Welt auszubauen.

In einer Spezialdebatte befaßte sich die Vertreterversammlung mit der von der 3. Internationale (Moskau) geplanten Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Das Ergebnis dieser Aussprache war die Annahme der folgenden Entschlüsse:

„Die vom 2. Kongreß der 3. (kommunistischen) Internationale aufgestellten Thesen zur Gewerkschaftsbewegung verpflichten die der kommunistischen Partei angehörenden Gewerkschaftsmitglieder zur Bildung kommunistischer Zellen innerhalb der Gewerkschaften. Als Aufgabe dieser Zellen wird es in den Thesen unzweideutig bezeichnet, die Gewerkschaften in den Dienst der kommunistischen Parteiziele zu stellen. Damit werden diese kommunistischen Zellen zu Freundkörpern, die nicht nur mit dem in den freien Gewerkschaften jederzeit hochgehaltenen Grundprinzip des Selbstbestimmungsrechtes aller Mitglieder unvereinbar sind, sondern darüber hinaus zur Förderung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung führen müssen.“

Die am 29. September 1920 versammelten Vertreter der Afa rufen deshalb alle Mitglieder der freien Angestelltenverbände auf, den Gewerkschaftsfeinden der 3. (kommunistischen) Internationale und der von der Bildung kommunistischer Zellen in ihren Gewerkschaften drohenden Gefahr entschlossen entgegenzutreten und die Einheit und Geschlossenheit ihrer gewerkschaftlichen Kampforganisationen zu wahren.

Der Afa-Vorstand und die Vorstände der angeschlossenen Verbände werden beauftragt, gegen Mitglieder, die diesem Beschluß zuwiderhandeln, mit allen satzungsgemäß zulässigen Mitteln vorzugehen.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
K. A.: Der Vorstand.
Aufhäuser. Klingen. Erf.

Konferenz der Handwerker und Heim-arbeiterinnen Oberfrankens.

Die Konferenz fand am 26. September im Saalfränkchen Saale in Helmbrechts statt. Tagesordnung: 1. Die Lohnverhältnisse der Handwerker. (Referent: K a i t h e l - S o f und L a n g e - Meerane. 2. Die Lohnverhältnisse in der Handstickerei. (Referent: B a d t i ü b n e r - Dresden. 3. Anstellung eines Geschäftsführers für die Handwerker. 4. Sonstiges.

In die Präsenzliste sind eingetragen: 1 Vertreter des Zentralvorstandes (Kollege Süßich-Berlin), 3 Vertreter der Gauleitungen (die Kollegen D e f f n e r, B a d t i ü b n e r und Z w a b r), 7 Geschäftsführer (Sof, Meerane, Falkenstein, Bayreuth, Mündberg, Plauen), 41 Delegierte aus 38 Orten, und zwar 35 Handwerker und 6 Kollegen anderer Berufe.

In das Bureau wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen D e f f n e r - Augsburg und L e u p o l d - Helmbrechts, als Schriftführer G e l l e r - Mündberg.

Hierauf ergriff Kollege K a i t h e l das Wort. Er schilderte mit marfanthen Worten die Verhältnisse in der Handweberei, insbesondere den Entwicklungsgang dieses Erwerbszweiges. Wie früher, so sind die Handwerker auch heute noch ein willenloses Ausbeutungsobjekt des Unternehmertums, da ihnen die Kraft fehlt, sich energisch zur Wehr zu setzen. Wenn auch schon in den 90er Jahren der Organisationsgedanke Fuß gefaßt hatte, so ist es doch nicht gelungen, die Handwerker von der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses zu überzeugen. Erst im Laufe des Krieges entstand der sogenannte Handwebereibund, der aber auch nicht die Organisation war, von der die Handwerker Hilfe erwarten konnten. Als dann der Deutsche Textilarbeiterverband durch einen in Hof gefällten Schiedsspruch als die Organisation der Handwerker anerkannt wurde und sich die Handwerker organisierten, war es möglich, einen Tarifvertrag abzuschließen, der den Handwebern 800 Proz. auf die Friedenslöhne brachte. Allein, aller Anfang ist schwer und eine Revision des Tarifes ist notwendig geworden. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit der Handwerker nicht mehr einen großen Teil der Arbeit unbezahlt verrichten muß.

Kollege L a n g e - Meerane schilderte die Lohnverhältnisse in Sachsen und hob hervor, daß in Sachsen Löhne gezahlt werden, die pro Meter um 4 Mk. höher seien als in Oberfranken. Daher hier guter, dort sehr flauer Geschäftsgang. Wenn man sich gegenseitig unterstützt, werden alle beschäftigt werden können, und der oberfränkische Handwerker werde besser bezahlt werden können.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen im Sinne der Referenten. Nach sachlicher Debatte wurde eine Kommission gebildet, die einen neuen Tarif ausarbeiten und auch als Verhandlungskommission tätig sein soll. Der Kommission gehören an: K i n g s e l - L e u p o l d s g r ü n, K ö h l e r - W i t t e n s e l b i c h, T h i r o f f - B e r n s t e i n, E b e r h a r d t - S e i f e r s r e u t h, T a u b a l d - H o r n b e r g, G l o z - G a u e i s e n und B e n k e r - S t r e i t a u. — Gauleiter D e f f n e r verlangte bessere Information der Gauleitung durch die Filialen.

Kollege B a d t i ü b n e r besprach dann in längeren Ausführungen die Entwicklung in der Stickereiindustrie und den gegenseitigen Konkurrenzkampf zwischen Sachsen und Bayern. Auch hier seien einheitliche gemeinsame Tarife abzuschließen, damit das gegenseitige Mißtrauen verschwinde.

Beisammen wurde, für die Handwerker und Heimarbeiterinnen, einschließlich der Filiale Helmbrechts, einen Geschäftsführer anzustellen. Die Stelle ist im „Textilarbeiter“ auszusprechen.

Eingehend wurde dann noch über die Beitragsfrage gesprochen und allgemein die Notwendigkeit eines einheitlichen

Beitrages für alle Handwerker anerkannt. Kollege D e f f n e r betonte, daß ein Stundenlohn in der Woche entrichtet werden müsse, wenn die Kollegen greifbare Erfolge erzielen wollen. Nur wer für die Organisation Opfer bringe, könne von ihr Hilfe verlangen. Im Sinne dieser Notwendigkeit müsse jeder wirken. Mit dem Wunsche, daß die Konferenz auch auf die noch fernstehenden Handwerker gut gewirkt haben möge und daß es gelingen werde, durch zähe Agitationsarbeit den letzten Handwerker zu erfassen und man sich recht bald einmal besonders mit den Stickerinnen beschäftigen könne, schloß Kollege D e f f n e r die Konferenz, die hoffentlich ein Markstein in der Geschichte der oberfränkischen Handwerker sein wird.

Aus den Gewerkschaften.

Ein Doppeljubiläum.

Ein Doppeljubiläum feierte am 1. Oktober „Der Maschinenist und Geizer“. Das Blatt bestand an diesem Tage 25 Jahre, aber auch sein erstmaliger Redakteur, Genosse Karl Kirchnick, der vor Monaten seinen hiezigsten Geburtstag beging, steht so lange im Dienste des Blattes bzw. des Verbandes der Maschinenisten und Geizer. Die Nr. 41/42 des Blattes erschien aus diesem doppelten Anlaß im Festgewande. Es enthält viel das Blatt und den Verband betreffendes geschichtlich Denkwürdiges.

Aus der Textilindustrie.

Die Differenzen in Wolfenbüttel i. Sa. (Weber und Hilfsmeister) sind beigelegt.

Aus dem Bezirk Ulm wird uns über die Geschäftslage berichtet: Die geschäftliche Lage in den Spinnereien, Webereien und Strickereien bessert sich zusehends, ebenso in der Trikotagenindustrie. Schwierigkeiten ersterer Natur haben die Leinenindustrie und die Kunstwollfabriken, erstere wegen Mangels an Flach, letztere wegen mangelnden Abzuges der Kunstwollprodukte. Der Leinenindustrie werden nur 4 Proz. des Friedenskontingentes zugewiesen. (Dafür wird der Flach durch Reichsstellen ins Ausland geschoben.) Bezüglich der Kunstwoll- und Sortierbetriebe wurde durch die Geschäftsstelle Ulm Klage erhoben, und am 13. Juli wurde ein Schiedsspruch gefällt. Durch Antrag beim Demobilisierungskommissar für Verbindlichkeitserklärung wurde die Angelegenheit am 21. September erneut an den Schlichtungsausschuß verwiesen. Dort wurde eine Kommission bestimmt, die die Verhältnisse in den Betrieben zu prüfen. Am 28. September wurde dann Beschluß gefaßt. Während der Kriess sind acht Schiedssprüche und Entscheidungen wegen Entlassungen und Betriebsstilllegungen zugunsten der Arbeiterenschaft herbeigeführt worden. Die Arbeitslosigkeit wurde dadurch auf Kurzarbeit beschränkt. Seit Ende September ist die Kurzarbeitszeit behoben bis auf einen Kunstwollbetrieb und die Leinenindustrie.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes ist in den verschiedenen Zweigen wiederum verschieden zu beurteilen. In der Wirkwarenindustrie ist der Geschäftsgang, soweit bestimmte Artikel in Betracht kommen, etwas gebessert, im ganzen aber noch ungünstig. In der Hauptfache sind es die Zwischenhändler, welche größere Umsätze erzielen konnten, während die Fabrikanten mehr oder weniger mit Beschränkung zu arbeiten gezwungen sind. Etwas mehr Nachfrage herrscht für wollene und halbwoollene Gewebe, doch sind auch hierfür die Umsätze infolge der hohen Verkaufspreise noch beschränkt. In baumwollenen und ähnlichen Artikeln sollen wiederum die Zwischenhändler, allerdings bei billigeren Preisen, größere Umsätze erzielt haben. Die allgemeine Lage in der Baumwoll-, Leinen- und Juteindustrie bleibt aber unverändert.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Nach Länge zum Sickerstreik. Die Berliner Stickereiindustrie bietet ein ganz eigenartiges und vielseitiges Bild; das trat bei diesem Kampf je recht in die Erscheinung. Beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nehmen im Vergleich zu anderen Berufsgruppen eine abweichende Stellung ein. Es kommen nur kleine handwerkemäßige Betriebe in Frage mit nur wenig Beschäftigten. Hierdurch entsteht ein patriarchalisches, oder noch richtiger gesagt, familiäres Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung zwingen die Arbeitgeber zum organisierten Zusammenschluß, ja sogar zu einem besseren Zusammenschluß, als er bei den Arbeitnehmern zu verzeichnen war. Sodann muß beachtet werden, daß nur Saisonarbeit in Frage kommt, die von der jeweiligen Mode beherrscht wird. Ist die Saison eine gute, dann fehlt es in den Betrieben an genügenden Arbeitskräften und es werden nach Bedarf Heimarbeiter beschäftigt. Bei dem steten Wechsel zwischen guter und schlechter Saison leidet das Organisationsverhältnis der Arbeitnehmer und selbstverständlich auch das Lohnverhältnis. Aus allen diesen Ursachen erklären sich die niedrigen Lohnsätze des alten Tarifvertrages. Dieses erkannte auch der Schlichtungsausschuß an und er bestimmte in seinem Schiedsspruch eine 40- bis 50prozentige Lohnerhöhung, die aber die Arbeitgeber rundweg ablehnten. Auch der Demobilisierungskommissar erklärte die Tariflöhne für zu niedrig, lehnte aber mit einer ganz eigentümlichen und unverständlichen Begründung die Verbindlichkeitserklärung ab. Hierdurch machte er sich zum eigentlichen Veranlasser des Streiks. Eine ganz sonderbare Amtsführung, anstatt zu schlichten, um wirtschaftliche Kämpfe zu vermeiden, wird Öl ins Feuer geschüttet, damit es recht lustig brennt. Alle Achtung vor solcher Weisheit. Die Arbeitnehmer mußten doch der Meinung sein, daß ihre Forderung eine gerechte sei, wenn maßgebende Behörden ihr die Anerkennung zusprechen. Die Arbeitgeber aber wurden durch die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung in ihrer ablehnenden Haltung gestärkt und es kam zum Streik, denn die geringen Zugeständnisse der Arbeitgeber während der Verhandlungen konnten die Arbeitnehmer nicht befriedigen.

Wenn nun auch die Arbeitgeber den Schiedsspruch abgelehnt hatten, so mußten sie doch damit rechnen, daß dieser Spruch vom Demobilisierungskommissar für verbindlich erklärt wurde, und sie kalkulierten die neuen Preise mit den höheren Löhnen, aber nach Aussage der Arbeitgeber nur für einige Wochen, weil die Kundschaft diese hohen Preise nicht zahlen wollte. Bei Streikausbruch machen wir in einem Zeitungsartikel darauf aufmerksam, daß hierdurch die Arbeitgeber den erzielten Mehrprofit in ihre Taschen steckten. Hiergegen erhoben sie Einspruch und verlangten von uns eine Richtigstellung, die wir geben wollten, wenn die Arbeitgeber uns durch Vorlegung ihrer Bücher davon überzeugten, daß sie nicht mit den höheren Löhnen kalkuliert haben. Dieses ist bis heute nicht geschehen, folglich ist die Streitsfrage noch nicht geklärt. Wir wollen aber gern zugeben, daß nicht alle Firmen gleichmäßig kalkuliert

haben. Um aber genaues hierüber sagen zu können, müßte uns Einsicht in die Kalkulationsbücher gestattet werden. Der Streik ist durch Vergleichsverhandlungen beigelegt worden, und die vereinbarten Löhne sollen bis zum 15. November 1920 Geltung haben, ebenfalls die familiären Bestimmungen des alten Tarifvertrages. Nach dieser Zeit soll ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden; eine weitere Erhöhung der Löhne soll dann die Grundlage der Verhandlung sein.

Wenn nun geprüft wird, wer die Schuld an dem Ausbruch des Streiks trägt, so müssen wir sagen, neben den Arbeitgebern der Demobilisierungskommission mit seinem oben skizzierten eigenartigen Spruch. Wir werden deshalb noch weitere Schritte unternehmen.

Berlin. (Zur Nachahmung.) Die Berliner Wollhaspel-Lindenau u. Pinfsohn zahlte schon seit mehreren Wochen ihren durch Betriebsstilllegung arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen wöchentlich 15 Mk. Unterstützung. Jetzt hat sich die Firma durch Verhandlung bereit erklärt, bei 14 äußerst bedürftigen und allein stehenden Arbeiterinnen diese Unterstützung um soviel zu erhöhen, daß ein Gesamtwocheninkommen von 70 Mk. erreicht wird, und im Falle des Vorhandenseins von ernährungspflichtigen Kindern außerdem pro Kopf 15 Mk. Diese Erhöhung der Unterstützung hatte zur Folge, daß die Arbeit teilweise wieder aufgenommen werden konnte.

Brandenburg a. d. S. (Berichtigung.) In Nr. 41 hieß es irrtümlich, daß bei dem Vorstellwerden einer Delegation bei einem Vertreter der Regierung in Potsdam auch die Filiale Berlin durch eine Delegation vertreten gewesen sei. Für Berlin ist die Regierung in Potsdam nicht zuständig. Berlin konnte deshalb auch nicht bei ihr vorsprechen. Die Berliner Vertretung betraf nur die Gauleitung, nicht die Filiale Berlin.

Freiburg i. Br. Am 27. 9. hielt unsere Filiale eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Gauborstandesmitgliedes Kollegen Bürger aus Stuttgart über die wirtschaftliche Lage in der Textilindustrie und die neue Lohnforderung. In interessanten Ausführungen und treffenden Worten zeigte uns der Redner, welche Ursachen die heutige schlechte Lage der Textilarbeiter verschuldet haben. Zur Lohnfrage berichtete Kollege Bürger, daß der Vorstand beschloßen habe, eine 50prozentige Teuerungszulage zu verlangen. Es müsse alle Macht der Organisation angewandt werden, um diese Forderung durchzubringen. In der Aussprache wurde fast durchweg der Wunsch laut, daß die Gauleitung ihr möglichstes daransetzen möchte, daß unsere Löhne denen in Württemberg gleichgestellt würden. — Weiter wurden noch zwei Revisionen gehandelt. — Mit einem kräftigen Appell zu festem Zusammenhalten in der freigewerkschaftlichen Organisation schloß der Vorsitzende die wirklich anregend verlaufene Versammlung.

Günzburg. Am Sonntag, den 3. Oktober, fand im Kronensaal eine Textilarbeiterversammlung statt. Kollege Settele aus Augsburg sprach über: „Teuerung und Löhne“. Es wurde einstimmig die Forderung einer 50prozentigen Teuerungszulage auf die jetzt bestehenden Lohnsätze gebilligt.

Penig i. S. Wir machen die Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß unsere nächste Versammlung am Sonnabend, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in den „Reichshallen“ stattfindet und laden zu recht zahlreichem Besuch ein.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 17. Oktober, ist der 42. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.
Gau Cassel. Grünberg i. S. V. und K. Friz Deichmeyer, Lendorferstr. 47.
Gau Düsseldorf. Eiberfeld. K. Rudolf Kattberg, Geschäftsführer, Karlstr. 3a. — Bierjen. V. Karl Buschhaus, Klosterstr. 31. K. J. Hendricks, Geschäftsführer, Große Bruchstr. 25.

Gau Stuttgart. Gauleiter: F. Hoßha, Stuttgart, Alexanderstraße 53. Tel.-Nr. 11042. — Mürtingen. V. Johannes Schweizer, Heubdsstraße 18. — Stuttgart. Das Filialbureau befindet sich Alexanderstraße 53. Tel.-Nr. 11042.

Gau Augsburg. Augsburg. Tel.-Nr. 1931.
Gau Gera. Eisenberg. K. Ernst Hölzer, Carolinenstraße 14.

Gau Siegen. Gebhardsdorf. V. Otto Schmidt, Neugebhardsdorf bei Gebhardsdorf, Nr. 83. K. Paul Weiße, Al-Gebhardsdorf bei Gebhardsdorf, Nr. 8.

Gau Berlin. Magdeburg. Alle Sendungen bis auf weiteres an Karl Hohl, Magdeburg-W., Friesenstr. 51. — Wetzlar. Dr. Kaffner ist zu freizeiten. Alle Sendungen bis auf weiteres an den Vorsitzenden.

Ortsverwaltungen.
Neumünster. Das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Riane R a d t k e, Hilfsarbeiterin, geb. am 21. April 1897 zu Neumünster, eingetretten in den Verband am 8. Juni 1917 in Neumünster, ist angeblich verloren gegangen. Bei etwaigem Auf-tauchen desselben erjucken wir es einzuziehen. D. D.

Löbau. Hier ist das Buch der Kollegin Franziska K e r n, geb. 12. Juni 1895, eingetretten in den Verband 14. September 1918 in Löbau, verloren gegangen. Buch-Nr. 919 011. D. D.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 16. Oktober.

Verlag: Karl Süßich in Falkenberg-Alt-Sienide. — Verantwortlich für alle selbständigen Beiträge Hugo D r e s t e r in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Premsberg. Da die Mitgliedsbücher eingezogen werden sollen, bitten wir um schnellste Be-gleichung etwaiger Beitragsreste. D. D.

Totenliste.
Gestorbene Mitglieder.
Finsterwalde. Ida Franke, Vor-legerin, Mastfarmtrebs.
Köln. Heinrich Cremer, Weber, 62 J., Mülheim, Schlaganfall.
Natharine Heißkamp, Berg-Glabach, 23 J., ermordet.
Heinrich Cremer, 62 J., Herz-schlag.
Landeshut. Anna Otto, Spin-nerin, 29 J., Lungentrantheit.
Marie Liebig, Arbeiterin, 34 J., Betriebsunfall. Wilhelm Klose, Arbeiter, 48 J., Magen-trebs.

Löbau. Emil Oswald Hofmann, Weber, 55 J., Ernst Mey, Sche-erer, 65 J., Herzschlag.
Neumünster. Otto Elsner, 30 J., Auguste Sarau, 53 J.
Premsberg. Frau Marie Donath, Weberin, 59 J., Gelenk-rheumatismus.
Wülstergiersdorf. Adolf Kahn, Färber, 54 J., Schlaganfall.
Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. Donnerstag, den 21. Ok-tober, abends 6 1/2 Uhr, bei No. v o t n i c k, Lange Str. 30, Ver-sammlung der Seiler und Hilfsarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht des Koll. Blank über den Verlauf des Magdeburger Gau-Käsefondresses; 2. Bran-chenfragen; 3. Verschiedenes. Sorgt für eine gut besuchte Versammlung.
Der Branchenleiter.
Fürstentwalde. Dienstag, 28. Ok-tober, in der „Wilhelmshöhe“, Gartenstr. 41.
Gelnhausen. Sonnabend, 23. Ok-tober, abends 8 Uhr, bei Valg. L i m b a c h i. S a. Donnerstag, den 21. Oktober, nachm. 5 Uhr, in „Stadt Mannheim“.
Pöschel. Freitag, 22. Oktober.
Schlotheim. Donnerstag, 21. Ok-tober, im „Ratskeller“.

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 16. Oktober.

Verlag: Karl Süßich in Falkenberg-Alt-Sienide. — Verantwortlich für alle selbständigen Beiträge Hugo D r e s t e r in Berlin, für alles andere Paul Wagner in Berlin. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.